



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erkenntnisse für eine rationale Cannabispolitik gewinnen. Modellregionen in Sachsen-Anhalt schaffen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Mit den durch Bundesgesundheitsminister Lauterbach und Landwirtschaftsminister Özdemir vorgestellten Eckpunkten zur Cannabislegalisierung der Bundesregierung wird in Deutschland der Weg in Richtung einer rationaleren Cannabispolitik beschritten. Dieser Weg soll in der Konsequenz weg von einer gescheiterten Prohibitionslogik führen und zielt auf einen regulierten und kontrollierten Cannabismarkt, der sich durch wirksamen Jugendschutz, Qualitätskontrolle und hoheitliche Regulierung auszeichnet.

Der Landtag fordert die Landesregierung entsprechend auf,

- sich in Abstimmung mit den Kommunen im Land dafür einzusetzen, dass mindestens ein regionales Modellvorhaben zum lizenzierten Verkauf von Cannabis in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird,
- mit der Landesstelle für Suchtfragen und den Suchtberatungsstellen im Land in den Dialog zu treten und Bedarfe und Möglichkeiten der Prävention und des Jugendschutzes im Zuge der geplanten schrittweisen Legalisierung von Cannabis zu erörtern und ggf. entsprechende Mittel bereitzustellen und
- ein Konzept zu erarbeiten, um eine ordnungsrechtliche Regulierung der geplanten Cannabis-Clubs in Sachsen-Anhalt konsequent und abgewogen vorzubereiten.

Begründung

Eine Verbotspolitik im Bereich Cannabis löst keinerlei Probleme, sondern schafft zusätzliche.

Suchtprävention, Jugendschutz und Qualitätssicherung gibt es nur mit einem staatlich regulierten, normierten und kontrollierten Cannabismarkt. Damit die Gestaltung dieses Marktes bestmöglich den Zielen Jugendschutz und Qualitätssicherung genügt, gilt es praktische Erfahrungen zu sammeln. Dies soll auch in Sachsen-Anhalt erfolgen, um insbesondere auch die Gegebenheiten im ländlichen Raum besser aufzunehmen und damit Erfahrungen aus urbanen Räumen zu ergänzen.

Überdies ist die Landespolitik gehalten, für die hiesige Cannabiswirtschaft gangbare Wege für die Cannabislegalisierung zu erschließen, die hiesigen Strafverfolgungsbehörden zu entlasten und den Suchtberatungsstellen im Land eine offene und ehrliche Beratung im Hinblick auf Suchtprävention im Bereich Cannabis zu ermöglichen.

Olaf Meister

Parlamentarische Geschäftsführung